Treptow-Köpenick. Berlin bewegt.

Wahlaussagen für die Wahl zur Bezirksverordnetenversammlung 2006

DIE LINKE. PDS

Wahlprogramm der Linkspartei.PDS Treptow-Köpenick
für die Wahl der Bezirksverordnetenversammlung
im Bezirk Treptow-Köpenick am 17.September 2006

Liebe Einwohnerinnen und Einwohner von Treptow-Köpenick,
Sie haben die Wahl. Mit Ihrer Stimmabgabe am 17. September entscheiden Sie, wie es mit Treptow-Köpenick weitergehen soll. Sie bewerten zugleich die in den zurückliegenden Jahren geleistete Arbeit der Parteien in der Bezirksverordnetenversammlung und im Bezirksamt.

Wir laden Sie ein, mit uns über unsere Angebote für den Bezirk zu reden, Ihre Vorschläge einzubringen und mit uns gemeinsam um die Verwirklichung dieser Politik zu ringen. Und wir bitten um Ihr Vertrauen und um Ihre Stimme am 17. September 2006.

Präambel

Unser Wahlprogramm 2001 schrieben wir noch aus einer Oppositionsrolle im Land Berlin heraus, drei Monate später waren wir Teil der Landesregierung.

Demzufolge gehört an den Anfang schon eine kurze Betrachtung: Hat »Rot–Rot« dem Bezirk etwas gebracht?

Die örtliche SPD lief gegen »Rot–Rot« Sturm und bildete mit der hiesigen CDU eine Zählgemeinschaft gegen die PDS mit dem Ergebnis, dass wir gegen diese Zählgemeinschaft von SPD und CDU häufig Regierungstätigkeit verteidigten.

Ja, auch der Bezirk musste sich an der Konsolidierung der Landesfinanzen beteiligen und wir standen damit vor dem Problem, Haushaltsplänen zuzustimmen, die wir in der Vergangenheit als Opposition abgelehnt hätten. Aber der Bezirk hat auch neue Spielräume gewonnen, teils aus eigener Kraft durch verbessertes Verwaltungshandeln, teils aus so genannten Zumessungen, weil wir nach wie vor ein Bezirk sind, der auf viele neu zugezogene Menschen verweisen kann.

Politisch haben wir allemal gewonnen. So ist die Ansiedlung der FHTW nicht zu trennen von dem Engagement gerade der Senatoren der Linken.PDS.

Die Entwicklung Adlershofs ist nicht zu trennen von den Namen ***Harald Wolf*** und ***Thomas Flierl***. Und wie es mit der dezentralen Kulturarbeit aussähe ohne Thomas Flierl, möchten wir uns gar nicht ausmalen. Und es ist auf das Wirken von Heidi Knake-Werner zurückzuführen, dass das von uns abgelehnte Hartz-IV-Bundesgesetz durch Ausführungsvorschriften wenigstens im Rahmen des Möglichen im Sinne der Betroffenen ausgelegt wurde.

Schmerzlich mussten wir aber auch wieder erfahren, dass es bei allem Engagement Grenzen gibt sowohl beim Kampf der Betroffenen als auch bei der Unterstützung durch die Politik, wenn wie im Falle »Samsung« Konzernentscheidungen fernab jeglicher sozialen Verantwortung und auch noch im fernen Korea fallen. Hier gilt es neue Rahmenbedingungen zu erkämpfen. »Samsung« ist aber nur ein Beispiel, wie eine Konzernentscheidung lokales Handeln zum Erhalt und zur Entwicklung von Wirtschaft und Arbeit zunichte machen kann.

Nach wie vor ist die massive Arbeitslosigkeit das Hauptproblem für die Menschen im Bezirk. Daran hat sich in den letzten 5 Jahren trotz aller Bemühungen mit Arbeitsfördermaßnahmen nichts Wesentliches geändert.

Unter diesen nicht immer einfachen Bedingungen haben wir im Bezirk und für den Bezirk als Fraktion und im Bezirksamt Verantwortung übernommen.

Unbeschadet einer Bilanz, die noch zu erstellen sein wird, hier nur drei kurze Stichpunkte:

Eva Mendl hat vielen Anfeindungen zum Trotz eine Schulentwicklungsplanung auf den Weg gebracht. die bei erheblich gesunkener Anzahl von Kindern die Ressourcen von Schulen in allen Ortsteilen und damit die kurzen Wege weitestgehend sicherte. Es war manchmal schon grotesk, wie Bezirksverordnete der Zählgemeinschaft selbst demografische Daten anzweifelten, weil sie von einer Stadträtin der Linken.PDS verkündet wurden. Das Halten der Schulstandorte ist nun eine wesentliche Voraussetzung, um das »skandinavisch-schlau« Lernen (längeres gemeinsames Lernen) in Angriff zu nehmen.

Angelika Buch hat die schwierige Umsetzung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe in das Hartz-IV-System angepackt und trotz viel zu wenig Personals mit dazu beigetragen, dass die Betroffenen wenigstens überwiegend reibungslos ihr Geld bekamen.

Michael Schneider, stellvertretender Bezirksbürgermeister, war unter anderem für den Erhalt und den Einsatz bezirklichen Vermögens an Gebäuden und Flächen verantwortlich, das einzige Pfund, welches wir

noch in der Hinterhand haben. So manche werterhaltende Investition hat er bei sinkenden Finanzen durchgesetzt und damit in die bezirkliche Zukunft investiert, z. B. 2005 über 20 Mio. EUR.

Ein Markenzeichen des Bezirks ist sein öffentliches Grün, über 10.000 m² waren bei sinkendem Personalbestand und mit sinkendem Budget zu pflegen und zu erhalten.

Kernpunkt für unsere Arbeit im Bezirk in den nächsten 5 Jahren ist der Ausbau der »sozialen Stadt«. Als Partei, die sich der sozialen Gerechtigkeit verpflichtet fühlt, ist dies eine unverzichtbare Aufgabenstellung.

Eine soziale Stadt ist eine Stadt der Integration.
Stadtplanerische Maßnahmen stehen unter der Hauptaufgabe, das Zusammenleben unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen mit unterschiedlichen Einkommen zu ermöglichen und neue Bevölkerungsgruppen aufzunehmen.

Städtebauliche Maßnahmen haben die Zielsetzungen der Barrierefreiheit.

Versorgungsformen und Angebote müssen auch für ältere Menschen erreichbar bleiben.

Kommunikationsstrukturen und Angebote müssen die Integration fördern.

Verkehrswege und -strukturen müssen die Mobilität aller Bevölkerungsgruppen fördern.

Eine soziale Stadt ist eine Stadt der Nachhaltigkeit.
Gemäß der Grundsätze der Lokalen Agenda 21 ist die Stadtentwicklung einschließlich des Ressourcenverbrauchs so zu gestalten, dass sie nachfolgenden Generationen lebenswert übergeben werden kann.
Dies bedeutet: keine Zersiedelung, Schutz von Wasser, Wald und Grün, Schutz des Mikroklimas und der Grünschneisen

Eine soziale Stadt ist eine Stadt der Innovation.
Das heißt: Förderung von Zukunftsprojekten, Kombination von Wissenschaft, Forschung und Arbeit, Förderung Ressourcen sparender Lösungen.

Eine soziale Stadt ist eine gesunde Stadt.
Nach den Verpflichtungen des »Gesunden – Städte – Netzwerkes« ist die Prävention, die Krankheitsverhinderung, auch unter Beachtung von sozialen Ursachen zu fördern.

Eine soziale Stadt ist eine Stadt des mobilen Alterns.
Die Lebenserwartung der Menschen wird immer höher. Dies ist ein Glück und eine Herausforderung, Strukturen weiter zu entwickeln, die Wissen und Kraft der Älteren unter Berücksichtigung ihrer Zufriedenheit für die Entwicklung der Gesellschaft nutzbar zu machen.

Eine soziale Stadt ist eine Stadt des lebenslangen Lernens.
Vom frühkindlichen sozialen Lernen bis zur Volkshochschule für Senioren sind Strukturen weiter zu entwickeln, die auch dazu führen, dass moderne Kommunikationsmethoden erlernbar und nutzbar bleiben und nicht zur Ausgrenzung führen.

Eine soziale Stadt ist eine Stadt der Kultur und der sportlichen Betätigung.
Die für diese Möglichkeiten vorhandene Infrastruktur ist dringen zu erhalten und nach Möglichkeit auszubauen.

Eine soziale Stadt ist eine kinder- und familienfreundliche Stadt.
Den Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen ist in allen Politikfeldern – von Stadtplanung bis Jugendpolitik - Rechnung zu tragen.

Arbeit und Einkommen sind hierfür wesentliche Voraussetzungen. Kinder sollen in der Familie und in der Gesellschaft wieder willkommen sein. Unterstützende Angebote sind ebenso unverzichtbar wie eine Grundsicherung.

Eine soziale Stadt ist eine Stadt des bürgerschaftlichen Engagements und der Beteiligung an Entscheidungen.
Ausbau der Elemente des Bürgerhaushalts und Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger vor Entscheidungsfindung bei wichtigen Vorhaben.

Eine soziale Stadt ist eine solidarische, eine multikulturelle Stadt.

Sie verträgt keine Nazis, weder auf der Straße noch in den Köpfen.

Menschen anderer Kulturen und Religionen sind ebenso eine Chance wie internationale Städtepartnerschaften. Bündnisse für Toleranz müssen mehr Menschen erfassen.

Für die Umsetzung unserer programmatischen Vorstellungen haben wir Kandidatinnen und Kandidaten mit Witz und Sachverstand, die mit Herz und Engagement bereits an der Gestaltung der sozialen Stadt im Großen wie im Kleinen mitwirken. Es gibt also keinen Grund, uns nicht zu wählen.

1. Wirtschaft / Aus Wissen Arbeit schaffen

Mehr existenzsichernde Arbeit für Menschen schaffen – das ist angesichts der anhaltenden Massenarbeitslosigkeit in Berlin und in den Bezirken die zentrale Aufgabe linker Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik. Für die Linkspartei. PDS ist die Organisation von Ausbildungsinitiativen und Maßnahmen der Berufsvorbereitung integraler Bestandteil bezirklicher Kommunalpolitik.

1. Die Wissenschafts- und Medienstandorte sowie die Technologie- und Gründerzentren in Treptow-Köpenick als wichtige Entwicklungspotentiale und Impulsgeber für die Region stärker zur wirtschaftlichen Entwicklung des Bezirkes fördern und insbesondere mit kleinen und innovativen technologieorientierten Unternehmen der Region vernetzen
2. Die vorhandenen Potentiale, die durch die Ansiedlung der FHTW entstehen, für die wirtschaftliche Entwicklung des Bezirkes nutzen
3. Kita, Schulen, Gymnasien, Universitäten, Fachhochschulen (auch Ernst-Busch-FH), VHS, Bibliotheken, Senioreneinrichtungen für ein lebenslanges Lernen nutzen und ausbauen
4. Bestehende Strukturen des Einzelhandels in den gewachsenen Kiezen und Ortsteilen erhalten und bedarfsorientiert weitere Ansiedlungen unterstützen. Weiterentwicklung und Steigerung der Attraktivität der bezirklichen Geschäftsstraßen unter Einbeziehung der jeweiligen Einzelhändler und Gewerbetreibenden
5. Den Tourismus als Wirtschaftsfaktor in Treptow-Köpenick weiter entwickeln und die touristische Infrastruktur als eine Voraussetzung dazu umweltschonend ausbauen

2. Bildung

Bildung ist Menschenrecht. Sie ist Voraussetzung für die Entwicklung der Persönlichkeit und die Chance für berufliche und persönliche Verwirklichung aller. Für die Linkspartei. PDS ist Bildungspolitik aktive Sozialpolitik, denn sie muss für alle Menschen Chancengleichheit beim Zugang und beim Erwerb von Bildung garantieren.

1. Effektive Schulplanung durch Analyse der Bevölkerungsentwicklung
2. Weiterführung der Schulsanierung
3. Förderung des Ganztagsbetriebs an den Grundschulen
4. Ausbau eines vielseitigen Bildungsangebotes in den Stadtteilen unseres Flächenbezirkes
5. Zumutbare Wege vor allem für die kleineren Beine der Grundschüler
6. Unterstützung von Initiativen antirassistischen und demokratischen Inhalts an Schulen

7. Angebote an Volkshochschule und Musikschule bereithalten, den Erfordernissen der Zeit entsprechen und ein lebenslanges Lernen garantieren
8. Erhalt und Ausbau moderner Bibliotheksstandorte – endlich zwei große Mittelpunktbibliotheken in unserem Bezirk schaffen

3. Kinder- und Jugendpolitik

Kinder und Jugendliche sind immer noch überproportional betroffen von gesellschaftlichen Fehlentwicklungen der kapitalistischen Gesellschaft. Kommunalpolitik der Linkspartei. PDS muss deshalb flexibel auf die Probleme und Bedürfnisse der Kinder, Jugendlichen und deren Eltern im Bezirk reagieren. Kinder und Jugendliche müssen dabei unterstützt werden, ihre Mitsprache- und Beteiligungsrechte in politischen Entscheidungsprozessen einzufordern und wahrzunehmen.
1. Neue Ausrichtung der Strukturen des Jugendamtes, die auf die fünf Sozialräume in Treptow-Köpenick orientiert und die zu einer ganzheitlichen und wirksameren Betreuung und Begleitung von Kindern und Jugendlichen führt
2. Kinder und Jugendliche sollen in Krisensituation frühzeitig ambulant betreut werden
3. Die vielfältigen Angebote der Kinder- und Jugendarbeit von Projekten in freier und öffentlicher Trägerschaft, die zur Erweiterung der demokratischen, sozialen und kulturellen Kompetenz betragen, langfristig sichern
4. Die politische Bildung in der Jugendarbeit stärken
5. Die Qualität und den Versorgungsgrad im Kindertagesstättenbereich sichern
6. Das Angebot der Kitas entsprechend dem Berliner Bildungsprogramm ausbauen
7. Die entstandenen Trägerstrukturen sind an den Sozialraumplanungen des Bezirks zu beteiligen

4. Soziales

Die Linkspartei. PDS will sich dafür einsetzen, dass eine ausreichende soziale, gesundheitliche und kulturelle Infrastruktur zur Verfügung steht, dass bürgerschaftliches Engagement in den Kiezen gestärkt wird und dass unterschiedliche Kulturen und Kompetenzen der Menschen gestärkt werden.

1. Arbeit statt ALG II. Ausschöpfung aller Möglichkeiten für die Schaffung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung für ALG-II-EmpfängerInnen
2. Unterstützung aller Aktivitäten gegen entwürdigende, kriminalisierende, menschenverachtende Maßnahmen und Regelungen gegenüber ALG-II-EmpfängerInnen, Behinderten und allen Hilfsbedürftigen
3. Weitere Ausgestaltung des Bezirks zur »barrierefreien Stadt« zur Sicherung der Mobilität behinderter und älterer Menschen
4. Sicherung und Ausbau von Beratungsangeboten der öffentlichen und freien Träger zu Rechtsfragen, zur Vermeidung und Überwindung von Schulden, von Obdachlosigkeit, zur Suchtproblematik, Ehe- und Familienberatung, der Alten- und Behindertenhilfe
5. Kontinuierliche Umsetzung und Fortschreibung der seniorenpolitischen Leitlinien, Seniorenpolitik als ein alle Politik- und Fachbereiche übergreifender Aspekt
6. Erhalt der sozio-kulturellen Infrastruktur und Entwicklung ortsteilspezifischer Angebote

5. Kultur

Berlin hat die Chance, den Reichtum seiner Kulturinstitutionen, die kulturelle Vielfalt der Stadt und der Bezirke zum Motor künftiger kommunaler Entwicklungen zu machen.

Für die kommunale Kulturarbeit sind deshalb bestimmte Kernbereiche als bezirkliche Pflichtaufgaben zu definieren und in den Haushaltsplänen dauerhaft zu finanzieren.

1. Kunst und Kultur sind Orte der Begegnung und des Dialogs – »Kultur ist Lebensmittel« und deshalb als Pflichtaufgabe zu begreifen und durchzusetzen
2. Ein vielseitiges und ausgewogenes kulturelles Angebot muss in den Stadtteilen unseres Bezirks vorhanden und für alle zugänglich bleiben
3. Kulturvereine, Künstlerinnen und Künstler, Kulturobjekte und soziokulturelle Einrichtungen unterstützen
4. Regionale Geschichte erlebbar machen, die Arbeit der beiden Heimatmuseen weiter unterstützen
5. Auseinandersetzungen mit der jüngeren und jungen Geschichte befördern – das Dokumentationszentrum zur NS-Zwangsarbeit auf den Weg bringen

6. Gesundheit

Gesundheitspolitik ist für die Linkspartei. PDS vor allem ein zentrales Feld der öffentlichen Daseinsvorsorge. Sie ist zugleich ein Zukunftsprojekt für die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt und für neue Arbeitsplätze.

1. Für eine patientengerechte wohnortnahe medizinische Grundversorgung
2. Finanzielle Sicherstellung bezirklicher und freier Träger, die in der gesundheitlichen Fürsorge tätig sind
3. Für den Erhalt und die Förderung effizienter und bürgerfreundlicher medizinischer Versorgungseinrichtungen (Gesundheitszentren)
4. Gleichberechtigte Finanzierung und Förderung von Vorsorge, Therapie, Nachsorge sowie Erhalt des solidarischen Gedankens in der gesetzlichen Krankenversicherung
5. Realisierung und Weiterentwicklung der Gesundheitsförderung, insbesondere im Rahmen des »Gesunde-Städte-Netzwerkes« und entsprechend den Leitlinien für eine gesunde Stadt Berlin, insbesondere die Durchführung von Gesundheitskonferenzen

7. Sport

Der Sport ist mit seinen sozialen, gesundheitspolitischen, jugendpolitischen und kulturellen Möglichkeiten weiter zu fördern und zu unterstützen. Kommunalpoltik, hier vor allem in den sozialräumlichen Planungen im Bezirk, orientiert sich vor allem an der Entwicklung des Breitensports und der Unterstützung des Ehrenamtes.

Die Linkspartei. PDS sucht verstärkt die Zusammenarbeit mit den Zentren des Leistungs- bzw. Spitzensports im Bezirk, da sich hier vor allem wirtschaftliche Zugewinne für den Bezirk erreichen lassen.

1. Den dauerhaften Erhalt der Sportflächen und den Neubau sowie die Sanierung von Anlagen durch Entwicklungs- und Bebauungskonzeptionen sichern. Behindertengerechter Ausbau der bezirklichen Sportanlagen
2. Kommunale Spielplätze, Sportflächen, Sporthallen und Schwimmbäder dürfen keine Objekte zur Privatisierung sein. Zu unterstützen ist eine erweiterte Verantwortung von Vereinen und/oder Initiativen für Erhalt und Pflege von Sportanlagen. Hierfür sind geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen
3. Entgeltfreie Nutzung der Sportstätten und Schwimmbäder durch Schulen und gemeinnützige Sportvereinen weiterhin sichern. Freien Trägern sind sozialverträgliche Lösungen anzubieten

4. Schul- und Leistungssportzentren im Bezirk mit ihren Möglichkeiten zur rechtzeitigen Sichtung und Förderung von Talenten sind zu erhalten und weiter auszubauen

8. Verkehr / Stadtplanung / Wohnen

Die Linkspartei.PDS im Bezirk orientiert sich mit ihren stadtplanerischen Vorstellungen vor allem an den Bedürfnissen der sich wandelnden Bevölkerungsstrukturen, den ökonomischen Anforderungen im Land und im Bezirk, an ökologisch verträglichen Lösungsansätzen und an den Grundsätzen der im Bezirk beschlossenen Lokalen Agenda 21.
1. Verbesserung der Angebote des ÖPNV, insbesondere eine gute Vernetzung der Ortsteile, Ortsteilzentren und Zentren des großflächigen Einzelhandels
2. Schrittweise Verbesserung des barrierefreien Zugangs zu den Verkehrsmitteln des ÖPNV im Bezirk
3. Verkehrswegeplanung mit dem Ziel, Wohn- und Erholungsgebiete von Durchgangsverkehr zu entlasten
4. Erhalt von Kleingartenanlagen auf Landes- und Privatflächen Entwicklung der Kleingärten in ihren sozialen und umweltpolitischen Funktionen
5. Weitere Erschließung unseres Bezirks für die Naherholung und den Tourismus. Für den Ausbau des Radwegenetzes, der bezirklichen Wanderwege und der Angebote des ÖPNV in die angestammten Naherholungsgebiete
6. Ausbau des Netzes von Kiezzentren in allen Ortsteilen
7. Erhalt des kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsbestandes im Bezirk und Förderung des genossenschaftlichen Wohneigentums
8. Sicherung und Ausbau der Rechte von Mietervertretungen, Forderung einer gesetzlichen Grundlage für Mietervertretungen
9. Laufende Anpassung der übernahmefähigen Wohn- und Nebenkosten im Rahmen der Grundsicherung an die aktuelle Mietenwicklung
10. Kündigungsverbot in die Obdachlosigkeit

9. Flughafen Schönefeld

Die Linkspartei.PDS Treptow-Köpenick hält die Standortentscheidung Schönefeld nach wie vor aus ökonomischen, ökologischen und verkehrspolitischen Gründen für falsch. Die Festlegungen des Urteils des Bundesverwaltungsgerichtes sind als Minimalforderung zum Schutz der

Betroffenen durchzusetzen und auf ihre Einhaltung zu kontrollieren. Besonders geht es uns um die Einhaltung des Nachtflugverbotes, der Lärmschutzauflagen und der Unterstützung der Anwohner in Entschädigungsangelegenheiten. Bei der Finanzierung des Flughafens muß sichergestellt werden, dass das Land nur kalkulierbare finanzielle Verpflichtungen eingeht.

10. Bürgerbeteiligung / Direkte Demokratie

Die Linkspartei. PDS steht für die Stärkung demokratischer Teilhabe aller Einwohnerinnen und Einwohner. Demokratie ist nicht auf die Stimmabgabe bei der Wahl begrenzt, sondern setzt auf Mitwirkung bei der Gestaltung des Alltags. Am 17. September werden nicht nur ein neues Abgeordnetenhaus und neue Bezirksverordnetenversammlungen gewählt. Sie können auch über eine Änderung der Verfassung von Berlin zu Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheid abstimmen.
1. Das Projekt »Bürgerhaushalt« soll in einem Prozess gestaltet werden, der zu einem Bürgerbeteiligungshaushalt führt
2. Die Entwicklung zu einer bürgerfreundlichen, bürgernahen und effizienten Verwaltung fortsetzen. Dazu gehören die Zuweisung von Kompetenzen und Ressourcen an den Ort der Entscheidungen, eine motivationsschaffende Personalentwicklungsplanung
3. Für unseren Flächenbezirk setzen wir uns für die Einrichtung des »mobilen Bürgeramtes« ein
.Es sind Voraussetzungen zu entwickeln und zu schaffen, damit die Bürgerbeteiligung in BVV und Bezirksamt tatsächlich ihre Wirkung entfalten kann
5. Die Möglichkeit der Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in Entscheidungen der BVV und des Bezirksamtes soll konsequent genutzt und umgesetzt werden. Dazu soll bei Vorbereitungen von Entscheidungen eine breite Bürgerdebatte organisiert werden
6. Die verbindliche Einbeziehung von Betroffeneninitiativen und Bürgervereinen soll selbstverständliche Handlungsform in der Bezirkspolitik werden

11. Rechtsextremismus bekämpfen

Die Linkspartei.PDS wird auch künftig rechtsextremistischen, rassistischen und antisemitischen Entwicklungen entschieden entgegentreten.

Die Linke.PDS streitet für eine Politik, die unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Religion, sexueller Orientierung oder Behinderung auf die

Solidarität und die Gleichberechtigung aller, auf Selbstbestimmung und den Ausbau von persönlichen Freiheiten zielt. Deshalb stellt sich die Linke.PDS mit breiten zivilgesellschaftlichen Bündnissen und antifaschistischen Gruppen dem Rechtsextremismus im Bezirk entgegen. Dabei wollen wir nicht nur reagieren, sondern agieren.

Das Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus zum Beispiel im ehemaligen Zwangsarbeiterlager in Niederschöneweide, durch die Verlegung weiterer Stolpersteine und in der Gedenkstätte der Köpenicker Blutwoche erlebbar machen und die antifaschistischen Gedenkorte im öffentlichen Raum, wie z. B. das Sowjetische Ehrenmal im Treptower Park und das Denkmal für die Opfer der Köpenicker Blutwoche auf dem Platz des 23. April in Köpenick erhalten

»Angstzonen« durch städtebauliche Maßnahmen, durch Belebung wie z.B. das Fest am S-Bahnhof Schöneweide und durch die Entwicklung der soziokulturellen Infrastruktur auflösen

Zivilgesellschaftliche Bündnisse und bürgerschaftliches Engagement stärken

Projekte und Initiativen von Migrantinnen und Migranten unterstützen, um den Bezirk bunter, attraktiver und weltoffen zu entwickeln

Opfer von rechtsextremer, rassistischer und fremdenfeindlicher Gewalt unterstützen

In den Jugendeinrichtungen des Bezirks eine demokratische und alternative Jugendkultur erhalten und fördern

Informationsbroschüre, herausgegeben vom
Landesvorstand Die Linkspartei.PDS, Landesverband Berlin
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin, Telefon: 030 - 24 00 92 89
info@linkspartei-berlin.de
www.linkspartei-berlin.de
V.i.S.d.P. Carsten Schatz

www.linkspartei-treptow-koepenick.de